

**5**  
**84**

# Union in Deutschland

Bonn, den 9. Februar 1984

## Appell des Kanzlers

# Unser Ziel ist die Europäische Union

Bundeskanzler Helmut Kohl hat auf einer Sitzung des Politischen Bureau der Europäischen Volkspartei (EVP) dazu aufgerufen, nach den Wahlen zum Europäischen Parlament am 17. Juni 1984 einen neuen Versuch zu unternehmen, die Europäische Gemeinschaft dem großen Ziel einer Europäischen Union näher zu bringen. „Die Europäische Union ist eine historische Notwendigkeit. Sie ist auch eine Überlebensfrage, denn der in den Europäischen Gemeinschaften verkörperte Wirtschaftsverbund kann auf Dauer ohne eine feste politische Struktur keinen Bestand haben. Alle Partner müssen sich der Tatsache bewußt sein, daß heute mehr auf dem Spiel steht als ein Ausgleich wirtschaftlicher Interessen, mögen diese auch im Vordergrund der öffentlichen Diskussion stehen“, sagte der Kanzler.

In einer ausführlichen Diskussion unter dem Vorsitz des Präsidenten der EVP, dem belgischen Außenminister Leo Tindemans, warnte der CDU-Vorsitzende davor, in der weiteren Entwicklung Europas nach dem Prinzip des Geleitzuges zu verfahren, in dem

(Fortsetzung auf Seite 2)

## Vorankündigung Europawahl '84

Der nächste UID 6/84 wird sich ausschließlich mit der Vorbereitung der Europawahl befassen. Er enthält u. a. einen Maßnahmenkatalog für die Durchführung des Wahlkampfes, einen Werbemittelkatalog der ersten Wahlkampfmaterialien und eine zweite Musterrede: Zur Vorbereitung publikumswirksamer Aktionen werden eine Reihe von Anregungen gegeben. Ebenso enthält er die wichtigsten Wahlkampftermine. Mit Hilfe des im UID abgedruckten Bestellscheins können Sie das von Ihnen benötigte Material direkt anfordern.

## ■ ARBEITSMARKT

Spürbare konjunkturelle Besserung hat auch im Januar angehalten Seite 3

## ■ WIRTSCHAFT

Nur die Soziale Marktwirtschaft löst die Beschäftigungsprobleme Seite 5

## ■ INFORMATION

Mehrheit gegen 35-Stunden-Woche Seite 11

## ■ DOKUMENTATION

Hessen — Modell für ein rotgrünes Bündnis auf Bundesebene grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

das langsamste Schiff das Tempo des gesamten Konvois bestimme. „Wenn wir das nicht ändern, wird sich die Generation unserer Enkel noch mit den gleichen ungelösten Problemen der Gemeinschaft herumgeschlagen wie wir jetzt.“

Die Bundesrepublik Deutschland ist nach den Worten Helmut Kohls bereit, ihren Beitrag zur Überwindung der aktuellen Schwierigkeiten in der Gemeinschaft zu leisten. Sie werde die französische Präsidentschaft bei der schweren Aufgabe, einen tragfähigen Kompromiß zu finden, nach Kräften unterstützen. Dabei müßten jedoch folgende Voraussetzungen im Auge behalten werden:

— Die Lösung für die Probleme der Gemeinschaft muß umfassend und langfristig angelegt sein; wenn die Europäische Ge-

## Ein gutes Stück vorangekommen

**Bundeskanzler Helmut Kohl und der französische Staatspräsident François Mitterrand wollen gemeinsam die Initiative ergreifen, die politische Zusammenarbeit in der Europäischen Gemeinschaft weiterzuentwickeln. Das ist das wichtigste Ergebnis des Treffens der beiden Politiker auf Schloß Ludwighöhe bei Edenkoben in der Pfalz.**

Der Bundeskanzler hatte im Fernsehen nach dem Treffen mit Mitterrand erklärt: „Wir sind ein gutes Stück vorangekommen.“

Bis zum 24. Februar will die Bundesregierung die französischen Vorschläge geprüft haben. Dann nämlich wollen Bundeskanzler Helmut Kohl und der französische Staatspräsident — diesmal in Paris — wieder zusammentreffen.

meinschaft in Zukunft gedeihen soll, muß gewährleistet sein, daß nicht in einem oder zwei Jahren die gleichen Probleme anstehen wie heute;

— deshalb darf auch nicht der Zusammenhang der im Stuttgarter Paket angesprochenen Fragen aufgelöst werden, dieses Paket stellt eine Einheit dar;

— der Gemeinschaftshaushalt muß den wirtschaftlichen Gegebenheiten in den einzelnen Mitgliedstaaten Rechnung tragen; es ist politisch nicht vertretbar, daß die Mitgliedstaaten ihren Bürgern Opfer zumuten, um die nationalen Haushalte in Ordnung zu bringen, gleichzeitig aber den Gemeinschaftshaushalt ungebremst expandieren lassen. Insbesondere im Agrarbereich muß die Ausgabendynamik abgebremst werden; zum Erreichen der notwendigen Einsparungen müssen alle Partner einen Beitrag leisten;

— die Bundesrepublik Deutschland tritt unverändert für den Beitritt Spaniens und Portugals ein, dabei wird die Notwendigkeit gesehen, daß sich im Zusammenhang mit dem Beitritt Spaniens und Portugals auch die Frage einer Erhöhung der Eigenmittel stellt;

— die Bundesrepublik Deutschland wird auf der Grundlage ihrer wirtschaftlichen Stärke auch in Zukunft den großen Beitrag zum Gemeinschaftshaushalt leisten; die Partner dürfen sich jedoch der Einsicht nicht verschließen, daß der deutsche Beitrag zum Gemeinschaftshaushalt nicht als einziger Beitrag unbegrenzt sein kann.

Helmut Kohl unterstrich abschließend, daß es keine Alternative zur europäischen politischen Einigung gebe. Die Folgen eines Scheiterns würden alle treffen, nicht nur die Deutschen, die aufgrund der Teilung ihres Landes die Notwendigkeit eines europäischen Rahmens für die Lösung zahlreicher Fragen besonders scharf empfinden.

## ■ ARBEITSMARKT

# Spürbare konjunkturelle Besserung hat auch im Januar angehalten

Die seit Monaten spürbare konjunkturelle Besserung auf dem Arbeitsmarkt der Bundesrepublik Deutschland hat nach dem jüngsten Monatsbericht der Bundesanstalt für Arbeit auch im Januar angehalten. Die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen ist nochmals um 30 000 zurückgegangen und liegt jetzt um rund 120 000 niedriger als im vergangenen Sommer. Der Aufwärtstrend bei der Nachfrage nach Arbeitskräften hat sich weiter fortgesetzt. Neu arbeitslos gemeldet haben sich im Januar 474 000 Personen, 263 700 sind aus der Arbeitslosigkeit abgegangen. Während der Zugang um 8 % niedriger lag als vor einem Jahr, war die Zahl der Abmeldungen um 14 % höher. Eine ähnlich hohe Zunahme der Beschäftigung hat es in der Vergangenheit erst einmal — Anfang 1976 — gegeben.

Verdeckt wurde diese positive Entwicklung durch die ungünstigen Saisoneinflüsse, die — wie stets im Januar — zu witterungsbedingten Produktionsausfällen in den Außengewerben (z. B. Baugewerbe) und in den Verbrauchsbranchen führten. Die Zahl der Arbeitslosen insgesamt hat im Januar ausschließlich saisonbedingt um 190 300 oder 8,1 % auf insgesamt 2 539 300 zugenommen. Im Januar 1983 hatte sie sich noch um rund 12 %, vor zwei Jahren sogar um gut 14 % erhöht.

Auch der Vergleich zu den Vorjahresmonaten bestätigt die positive Entwicklung. Im Januar 1984 lag die Arbeitslosigkeit um

2,1 % höher als im Januar 1983, nach 5,7 % Ende Dezember und 12 % Ende Oktober.

Besonders erfreulich ist die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt für Teilzeitarbeit und bei den Jugendlichen. Ende Januar 1984 suchten 244 300 Arbeitslose einen Teilzeitarbeitsplatz; dem standen 6 300 offene Stellen gegenüber. Im Vergleich zu Januar 1983 lag die Zahl der Teilzeitarbeitslosen um 9 600 niedriger, die der offenen Stellen um 500 höher.

Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren ist im Januar zwar noch um 900 oder 0,5 % gestiegen, lag damit aber um 10 % niedriger als vor einem Jahr (nach —6 % im Dezember).

(Fortsetzung Seite 4)

Gerhard Stoltenberg:

## Ab März Rückgang der Arbeitslosigkeit

Bereits von März an dürften „die Arbeitslosenzahlen deutlich unter dem Vorjahreswert liegen“, erklärte Gerhard Stoltenberg auf einer Parteiveranstaltung in Hohenwestedt (Kreis Rendsburg-Eckernförde). „Der wirtschaftliche Aufschwung verstärkte sich weiter, die Exporte und privaten Investitionen steigen erheblich an“, sagte er. Als wichtigste innenpolitische Aufgabe für dieses Jahr nannte Gerhard Stoltenberg eine nachhaltige Förderung des wirtschaftlichen Gesundungsprozesses.

(Fortsetzung von Seite 3)

Die Zahlen der Arbeitsvermittlungen lag im Januar bei 107300, und damit um 17,7% höher als vor einem Jahr.

Damit bestätigt sich die erfolgreiche Politik der Bundesregierung zur Förderung der Investitionen und des Wirtschaftswachstums. Die Bundesregierung ist sich mit allen Sachverständigen einig, daß sich der Erholungsprozeß im Jahre 1984 verstärkt fortsetzen und weitere positive Wirkungen auf dem Arbeitsmarkt haben wird. Die im Jahreswirtschaftsbericht prognostizierte Wachstumsrate von 2,5 bis 3 Prozent für 1984 wird möglicherweise bald dazu führen, daß die Zahl der Arbeitslosen unter 2 Millionen sinkt.

Daher darf dieser Aufwärtstrend nicht gefährdet werden. Dafür tragen gerade auch die Tarifpartner eine besondere Verant-

wortung. Bei den kommenden Tarifverhandlungen ist entscheidend, daß die hohen Erwartungen in die Tarifvertragsparteien durch angemessene Tarifabschlüsse nicht enttäuscht werden. Insbesondere die Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich könnte die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt gefährden. Die Bundesrepublik Deutschland ist wie kaum ein anderer Industriestaat in der Welt auf kostengünstige Produktion und Leistungsfähigkeit im harten Wettbewerb auf den Weltmärkten angewiesen. Nach Auffassung der meisten Wirtschaftsexperten birgt eine drastische, undifferenzierte Verkürzung der Wochenarbeitszeit mit vollem Lohnausgleich erhebliche Risiken für die Fortsetzung des wirtschaftlichen Erholungsprozesses und damit für den Abbau der Arbeitslosigkeit in sich.

## SPD: Arbeitszeitverkürzung als Hebel gesellschaftspolitischer Veränderungen

Der Startschuß zur sogenannten Informationsoffensive zur Arbeitszeitverkürzung zeigte, daß es der SPD nur vordergründig um einen Schulterschuß mit den Gewerkschaften geht. Der SPD-Vorsitzende Brandt geizte nämlich auch bei der Auftaktveranstaltung seiner Partei nicht mit einer „Vision“: Sozialdemokraten müßten sich „um die Frage kümmern, wie man Menschen in den Stand setzen kann, ihre Freizeit sinnvoll zu verbringen“. „Diese Orientierung der Arbeitszeitpolitik — allgemeiner gesagt: der Wirtschaftspolitik — auf ein Ziel hin entspricht den ursprünglichen Impulsen des demokratischen Sozialismus.“ Arbeitszeitverkürzung als Hebel gesellschaftspolitischer Veränderungen! Die Umfrageergebnisse in den Betrieben, die geringe Popularität der Forderung

nach Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, mithin die Meinung der weit überwiegenden Mehrheit der Arbeitnehmer scheren die SPD offenbar wenig. Mit einem Rundumschlag gegen die Arbeitgeber, insbesondere gegen den Präsidenten des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, die Bundesregierung und die Unionsparteien versuchte Brandt die Verantwortung für die Folgen tarifpolitischer Auseinandersetzungen bereits jetzt einseitig zuzuweisen. Die Verantwortung wird nach Brandt jenen zufallen, „die ein bisher unbekanntes Maß an Inflexibilität an den Tag legen“. Daß es aber gerade die SPD ist, die aus parteitaktischen Überlegungen die Inflexibilität einiger DGB-Gewerkschaften noch bestärkt, sollte unterstrichen werden.

## JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT

# Nur die Soziale Marktwirtschaft löst die Beschäftigungsprobleme

1983 war das Jahr des wirtschaftlichen Umschwungs. 1984 geht es darum, daß der wirtschaftliche Umschwung in eine dauerhafte, sich selbst tragende Aufwärtsentwicklung einmündet. Es geht nicht um ein Strohfeuer, das den Zug der deutschen Wirtschaft nur kurzfristig unter Dampf hält. Unser Ziel ist es vielmehr, Kräfte freizusetzen, die die erreichte Geschwindigkeit verstärken und die Wirtschaft dauerhaft in Fahrt halten können, erklärte Helmut Kohl in einem Beitrag für das „Handelsblatt“.

Die Überschrift des politischen Teils „Soziale Marktwirtschaft für die 80er Jahre“ — ein Leitmotiv, mit dem ich bereits im letzten Jahr die Wirtschaftspolitik der von mir geführten Regierung umschrieben habe — signalisiert zweierlei:

Wir sehen weiterhin in der konsequenten und breit angelegten Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft den richtigen und einzig aussichtsreichen Weg zur Lösung der anstehenden Fragen von Wachstum und Beschäftigung.

Die Ausrichtung auf die 80er Jahre zeigt gleichzeitig, daß wir keine kurzfristigen Erfolge im Auge haben. Es geht um die Gesundung und Stärkung unserer Wirtschaft auf Dauer und um die Grundlage für die 80er Jahre.

Dieser Grundorientierung trägt der Aufbau des Jahreswirtschaftsberichts deutlich Rechnung: In seinen zentralen Aussagen zur „Politik für mehr Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität“ geht es einmal

um die Durchsetzung von „mehr Markt“, zum anderen — davon abgeleitet — um die konkreten „Handlungsschwerpunkte 1984“.

„Mehr Markt“ bedeutet heute unter den — im Vergleich zu den 50er und 60er Jahren veränderten — Verhältnissen der 80er Jahre konkret die Forderung, marktwirtschaftliche Kräfte wieder freizusetzen, ohne die unsere Wirtschaft die notwendige Dynamik nicht zurückgewinnen kann. Der Jahreswirtschaftsbericht unterstreicht die Notwendigkeiten einer neuen Investitionsdynamik, eines günstigen Forschungsklimas, offener Weltmärkte, einkommenspolitischer Vernunft sowie einer marktwirtschaftlichen Strukturpolitik.

Hier geht es darum, sich in einem marktwirtschaftlichen System dem internationalen Wettbewerb, den technologischen Veränderungen und dem sich daraus ergebenden Strukturwandel offen und offen-siv zu stellen. Marktwirtschaftliche Strukturpolitik ist deshalb auf mehr Flexibilität und Mobilität von Arbeit und Kapital und auf den Abbau verkrusteter Strukturen gerichtet. Wir wollen die Bedingungen verbessern, unter denen die unumgänglichen Anpassungen in der Wirtschaft vorgenommen werden. Konkret bedeutet dies:

- Wir beseitigen hinderliche, überholte staatliche Vorschriften,
- wir machen die Gründung neuer, junger Unternehmen interessanter und leichter,
- wir bringen Anbieter und Nachfrager und Risikokapital effizienter und schneller zusammen,

— wir machen Forschung und Entwicklung auch für kleine und mittlere Unternehmen attraktiv,  
— wir verbessern das Forschungsklima in der Bundesrepublik durch eine bessere Zusammenarbeit von Unternehmen und Universitäten,  
um nur einiges von dem zu nennen, was der Jahreswirtschaftsbericht an Ansatzpunkten nennt.

In diesem Zusammenhang gehört auch das Thema Subventionen, zu dem der Jahreswirtschaftsbericht ausführlich Stellung nimmt. Die Bundesregierung hilft den vom Strukturwandel unmittelbar Betroffenen, Unternehmen und Arbeitnehmern. Aber sie kann nicht die Strukturen von gestern zementieren, weil dies die Arbeitsplatzverluste von morgen wären. Wir erleichtern den Übergang, aber diese Hilfen müssen zeitlich begrenzt sein. Dies gilt in der Bundesrepublik, und es muß natürlich auch in der Europäischen Gemeinschaft gelten.

Neben der Durchsetzung von „mehr Markt“ stehen die „Handlungsschwerpunkte 1984“ des Jahreswirtschaftsberichts. Auf folgendes möchte ich besonders hinweisen:

— Wir setzen unsere Konsolidierungsanstrengungen mit dem Ziel fort, den finanzpolitischen Handlungsspielraum Schritt für Schritt wieder zurückzugewinnen. Ohne ausreichenden finanzpolitischen Spielraum ist gestaltende Politik nicht möglich.

— Wir verwirklichen eine leistungsbezogene und zugleich familienfreundliche Steuerpolitik. Die Bundesregierung wird im Frühjahr die Eckwerte zur entsprechenden Reform des Lohn- und Einkommensteuertarifs vorlegen. Dazu werden auch Vorschläge zum Abbau von Steuervergünstigungen gehören.

— Privatisierung, Entbürokratisierung und Risikokapital sind weitere Felder für mehr Markt. Hier sind die Vorarbeiten in

vollem Gang, nach deren Abschluß die Bundesregierung noch in diesem Jahr konkrete Entscheidungen treffen wird:

— Unsere beschäftigungsfördernde Arbeitsmarktpolitik werden wir weiter fortsetzen. Mit dem Gesetzentwurf zur Vorruhestandsregelung hat sie den Tarifpartnern ein neues Angebot gemacht, mit dessen Hilfe älteren Arbeitnehmern das vorzeitige Ausscheiden aus dem Arbeitsleben ermöglicht werden kann. Dies ist ein Beitrag zur Verkürzung der Arbeitszeit, ohne daß damit zugleich die wirtschaftliche Erholung insgesamt in Frage gestellt wird. Weitere Punkte sind die Beseitigung beschäftigungshemmender Vorschriften und die Ausweitung der Teilzeitarbeit.

— Mehr Chancen für Jugendliche in Ausbildung und Beruf ist ein weiterer Schwerpunkt des Jahreswirtschaftsberichts, der gerade in diesem Jahr mit der höchsten Nachfrage nach Ausbildungsplätzen besondere Priorität hat. Die Bundesregierung macht hierzu konkrete Vorschläge.

Vor dem Hintergrund dieser Politik geht die Bundesregierung für 1984 von folgender Wirtschaftsentwicklung aus:

— Zunahme des realen Bruttosozialprodukts um 2½ Prozent, d. h. eine Verdoppelung gegenüber 1983.

— Abnahme der Arbeitslosenzahl im Jahresverlauf mit deutlicher Unterschreitung der Vorjahreszahlen.

— Begrenzung des Anstiegs der Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt — auf 3 Prozent.

— Überschuß in der Leistungsbilanz etwa in der Höhe des letzten Jahres.

Der Jahreswirtschaftsbericht 1984 gibt eine klare Orientierung zur Wirtschaftspolitik dieser Bundesregierung. Er zeigt, was das Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft für die 80er Jahre“ konkret bedeutet, wo die wirtschaftspolitischen Ziele und Handlungsschwerpunkte dieser Regierung liegen. Auf diesem Wege kommen wir 1984 einen wichtigen Schritt voran.

## ■ ARBEITSRECHT

# Förderung der Beschäftigung – nicht Abbau sozialer Schutzrechte

**Bundesarbeitsminister Norbert Blüm will das Arbeitsrecht „gelenkiger“ machen, damit die konjunkturelle Besserung ohne Verzögerung auch den Arbeitslosen zugute kommt. An einem Artikelgesetz zur Förderung der Beschäftigung wird mit Hochdruck gearbeitet. Norbert Blüm sagte zum gegenwärtigen Stand der Überlegungen:**

**G**eboren ist die Idee zu einem solchen gesetzlichen Vorhaben aus der Erfahrung, daß bisher die Besserung auf dem Arbeitsmarkt immer mit großer zeitlicher Verzögerung der konjunkturellen Besserung folgte. Dies muß nicht so sein. Damit es aber so nicht ist, müssen wir auch das Arbeitsrecht darauf überprüfen, was es zur Wiedererlangung der Vollbeschäftigung beitragen kann. Es könnte uns ja sonst passieren, daß wir einen gespaltenen Arbeitsmarkt erleben: Die, die drinnen sind, richten sich häuslich in der Arbeit ein, verteidigen ihre Gewohnheiten. Und die, die draußen stehen, bleiben draußen. Wir überprüfen deshalb, ob das, was Schutz ist für die, die drin sind, möglicherweise Sperre sein kann für die, die draußen sind.

Wir versuchen eine Sozialpolitik ohne Scheuklappen, die stärker vom Leben als von dogmatischen Voraussetzungen bestimmt wird. Deshalb wird ein Teil unserer Maßnahmen auch nicht auf Dauer angelegt, sondern zeitlich befristet sein, und zwar für die Zeit, in der die geburtenstarken Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt drängen, der damit besonderen Bewährungsproben ausgesetzt ist.

Nach dem gegenwärtigen Stand der Diskussion sollen u. a. folgende Punkte im „Gesetz zur Förderung der Beschäftigung“ geregelt werden:

### 1. Befristete Arbeitsverträge

In der Phase der konjunkturellen Wiederbelebung sollen die Arbeitgeber veranlaßt werden, eine Verbesserung der Auftragslage durch befristete Arbeitsverträge direkt Arbeitslosen zugute kommen zu lassen und nicht in Abwartung einer Stabilisierung der Auftragslage zunächst in Überstunden auszuweichen. Dadurch soll eine beschäftigungspolitische Schubwirkung ausgelöst werden. Zunächst befristete Arbeitsverträge werden zudem in vielen Fällen in unbefristete Arbeitsverhältnisse münden.

Die in vielen Einzelentscheidungen des Bundesarbeitsgerichts enthaltenen Rechtsgrundsätze zur Zulässigkeit befristeter Arbeitsverträge sollen übersichtlich zusammengefaßt werden, und zwar unter Beibehaltung des geltenden Rechts. Für eine Übergangszeit von etwa vier Jahren sollen allerdings befristete Arbeitsverträge bis zu einem Jahr ohne weiteres zulässig sein, wenn ein Arbeitsloser eingestellt wird; bei Unternehmensneugründungen beträgt die Höchstdauer zwei Jahre, sofern nicht mehr als 20 Arbeitnehmer beschäftigt werden.

### 2. Längere Arbeitnehmerüberlassung

Statt Überstunden anzuordnen, sollen auch vermehrt Leiharbeiternehmer beschäftigt werden können, die damit die Chance

eines vollwertigen Dauerarbeitsplatzes beim Verleiher erhalten.

Es wird überlegt, die bisher auf drei Monate begrenzte Höchstdauer bei der Überlassung von Leiharbeitnehmern ebenfalls für eine Übergangsfrist von etwa vier Jahren zu erweitern.

Befristete Arbeitsverträge und längerfristige Arbeitnehmerüberlassung sollen auch helfen, Schutzfristen bei Mutterschaft, Wehr- oder Zivildienst überbrücken zu können und damit die Einstellungschancen von jungen Frauen und Männern zu verbessern.

### 3. Abgeltung von Überstunden durch Arbeitsbefreiung

Überstunden sind zur Erhaltung der notwendigen Flexibilität der Betriebe nicht generell zu vermeiden. Angesichts der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage sollen jedoch vorbehaltlich bestimmter Ausnahmen (u. a. Führungskräfte) Überstunden, die über zwei pro Woche hinausgehen, innerhalb eines Ausgleichszeitraums von etwa 6 Monaten durch Arbeitsbefreiung ausgeglichen werden.

### 4. Förderung der Teilzeitarbeit

Teilzeitarbeitnehmer sollen im Arbeitsverhältnis vor Benachteiligungen gegenüber Vollzeitarbeitnehmern geschützt werden. Außerdem sollen Arbeit auf Abruf und Arbeitsplatztteilung nur noch in sozialverträglichen Formen zulässig bleiben. Der bessere arbeitsrechtliche Schutz von Teilzeitarbeit soll diese auch für solche Arbeitnehmer attraktiv machen, die heute vollzeitbeschäftigt sind, aber an Teilzeitarbeit Interesse haben. Damit könnte ein unerträglicher Widerspruch aufgelöst werden: Rund 250 000 Arbeitslose suchen nur Teilzeitarbeit. Mindestens 2 Millionen Arbeitnehmer arbeiten Vollzeit, obwohl sie bei einem entsprechenden Angebot lieber weniger arbeiten (und verdienen) würden. Die einen werden zur Nullarbeit verurteilt, die anderen zur Vollzeitarbeit gezwungen.

### 5. Regelung der Teilarbeitsfähigkeit

Schwer und längerfristig Erkrankten soll die schrittweise Wiedereingliederung in die Berufstätigkeit erleichtert werden. Die schon heute nach der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts zulässige gesundheitliche Teilarbeitsfähigkeit soll — einschließlich der sozialversicherungsrechtlichen Folgen — gesetzlich geregelt und damit den Beteiligten mehr Klarheit verschafft werden. Ist der Arbeitnehmer nach der ärztlichen Bescheinigung teilarbeitsfähig, soll die vertraglich geschuldete und zumutbare Teilarbeitsleistung auch geleistet werden (zum Beispiel Halbtagsarbeit oder nur sitzende Tätigkeit).

### 6. Anrechnung von Kuren und Schonungszeiten auf den Urlaub

Arbeitnehmer sollen in Zukunft wählen können, ob sie bei einer Kur 10 DM je Kalendarstag zuzahlen oder ein Sechstel ihres Urlaubsanspruchs auf die Kurzeit anrechnen lassen wollen. Die Schonungszeit soll zukünftig immer — wie bereits jetzt bei Arbeitern — auf den Urlaub angerechnet werden, es sei denn, der Arbeitnehmer ist in dieser Zeit arbeitsunfähig. Gleichzeitig wird der gesetzliche Mindesturlaub von drei auf vier Wochen erhöht. Tarifverträge in diesem Bereich haben Vorrang. Durch die Regelungen sollen die Kurteilnehmer Wahlfreiheit erhalten, die Wirtschaft entlastet, andererseits der Mindesturlaub im tariffreien Raum erhöht werden.

### 7. Erweiterung des Ausgleichsverfahrens bei Lohnfortzahlung

Durch die Erweiterung des Ausgleichsverfahrens nach dem Lohnfortzahlungsgesetz sollen die Kleinbetriebe vor unkalkulierbaren hohen Lasten geschützt und Einstellungshemmnisse, z. B. für junge Frauen, beseitigt werden.



In das Ausgleichsverfahren der Lohnfortzahlungskosten sind bisher lediglich Arbeitgeber mit bis zu 20 Beschäftigten einbezogen. Künftig sollen durch Satzungsrecht auch Arbeitgeber mit bis zu 30 Beschäftigten einbezogen werden können. Dabei werden Schwerbehinderte nicht mitgezählt, Teilzeitbeschäftigte nur noch anteilmäßig entsprechend ihrer Arbeitszeit.

Bisher umfaßt das Ausgleichsverfahren auch nur die Lohnfortzahlung an Arbeiter. Es wird künftig auf die Entgeltfortzahlung an Auszubildende erweitert. Außerdem soll durch Satzungsrecht die Möglichkeit gegeben werden, Lohnfortzahlungen an Angestellte sowie den Zuschuß des Arbeitgebers zum Mutterschaftsgeld in das Ausgleichsverfahren einzubeziehen.

### **8. Anpassung der betrieblichen Altersversorgung**

Das Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung soll dahin geändert werden, daß bei einer Gesamtversorgung, die über 85/90 Prozent der Nettobezüge hinausgehen, die Anpassungspflicht der Unternehmen und die Einstandspflicht des Pensions-Sicherungs-Vereins über diese Grenze hinaus entfällt. Außerdem wird die Nachhaftung ausgeschiedener Gesellschafter auf 5 Jahre beschränkt. Dadurch soll einerseits die Verbreitung der betrieblichen Altersversorgung gefördert, andererseits sollen die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft verbessert werden.

### **9. Ausweiskarte im Baugewerbe**

Für Arbeitnehmer im Baugewerbe, die an nicht festen Arbeitsstätten beschäftigt werden, sollen Ausweiskarten eingeführt werden. Damit wird die Überwachung der Beschäftigung im Baugewerbe erleichtert und der illegalen Beschäftigung (Schwarzarbeit, Arbeit von Ausländern ohne die vorgeschriebene Arbeitserlaubnis, Leihar-

beit am Bau) entgegengewirkt. Die Beschäftigungschancen von Arbeitsuchenden werden verbessert, einer Gefährdung der sozialen Sicherung der Arbeitnehmer durch Umgehung sozialversicherungsrechtlicher Vorschriften wird vorgebeugt.

### **10. Änderung der Beitragsregelungen für Geringverdiener**

Die derzeitige Sonderregelung, daß bei sogenannten Geringverdienern (Arbeitsentgelt im allgemeinen zwischen 390 DM und 520 DM im Monat) der Arbeitgeber die Beiträge an die Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung allein zu tragen hat, soll beseitigt werden. In Zukunft soll auch hier die allgemeine Regel gelten, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Beiträge je zur Hälfte aufzubringen haben. Der Vorschlag soll unter anderem die Bereitstellung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen erleichtern und die Arbeitgeber anregen, auch eine Teilzeitbeschäftigung mit nur relativ geringer Stundenzahl der Ableistung von Überstunden vorzuziehen.

### **11. Vereinheitlichung der Hinzuverdienstgrenzen**

Die Hinzuverdienstgrenzen bei vorzeitigen Altersbezügen sollen auf niedrigem Niveau (gedacht werden kann an die Geringfügigkeitsgrenze von 390 DM monatlich) vereinheitlicht werden. Dies wird die Chance von Arbeitslosen vergrößern, zumindest einen Teilarbeitsplatz zu finden.

### **12. Auflockerung der Dreijahresfrist bei Kassenkuren**

Die bisherige starre Regelung, wonach die Krankenkassen zu Kuren nur noch alle drei Jahre einen Zuschuß geben dürfen, soll entsprechend der Regelung in der Rentenversicherung aufgelockert werden. Dies soll die Priorität des Vorsorge- und Rehabilitationsgedankens stärken.

## ■ UMWELTSCHUTZ

### Bundesausschuß Umwelt nahm seine Arbeit auf

**Der Bundesvorstand hat zum ersten Mal einen eigenen Fachausschuß „Umwelt“ eingerichtet. Bisher war der Umweltschutz lediglich als Teil des Fachausschusses „Energie und Umwelt“ repräsentiert. Dies ist ein Hinweis auf die erhöhte Bedeutung, die die CDU dem Thema beimißt. In den Fachausschuß haben alle Landesverbände Vertreter entsandt. Zum Vorsitzenden wählte der Fachausschuß den Berliner Senator Volker Hassemer.**

In seiner ersten Arbeitssitzung am 6. Februar 1984 verständigte sich der Fachausschuß über die Grundsätze seiner Arbeit und kam zu folgenden Ergebnissen:

Die Qualität der Umwelt muß zu einer eigenständigen, offensiven Politikaufgabe werden. Bisher war sie vor allem Schutzzweck, der lediglich andere politische Zielbereiche (Wirtschaft, Verkehr z. B.) einengte.

Seine Sacharbeit wird der Fachausschuß jedoch auf eine neue Generation umweltpolitischer Instrumente konzentrieren; auf solche, die Einfallsreichtum, Verhalten und Investitionen für die Umwelt mobilisieren. Sie müssen Schritt für Schritt die heutigen Instrumente ablösen, die lediglich das Verhindern von — umweltschädigenden — Initiativen zum Ziel haben.

Die Umweltpolitik als neuer, expandierender Beschäftigungsbereich muß auch im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit an Bedeutung gewinnen. Dem Fachausschuß erscheint es möglich, eine Umweltpolitik

zu formulieren, die auch für die Probleme — der strukturellen Arbeitslosigkeit in Zeiten — geringerer ökonomischer Ressourcen hilfreiche Antworten enthält.

Ergänzend dazu hat sich der Fachausschuß die Themen Bodenschutz und Recycling zur Aufgabe gestellt.

Für den Herbst 1984 plant der Ausschuß einen Fachkongreß, auf dem die neue Generation umweltpolitischer Instrumente diskutiert werden soll. Zur inhaltlichen Vorbereitung hat der Fachausschuß Kontakte mit anderen Fachausschüssen aufgenommen, deren Arbeitsbereiche für die Umwelt besondere Bedeutung haben. Auch Kontakte mit Umweltverbänden und -experten sind vorgesehen.

### DDR: Umweltverschmutzer Nummer eins in Europa

Die DDR ist durch ihre Braunkohleindustrie der Umweltverschmutzer Nummer eins in Europa geworden. Das geht aus einem Bericht hervor, den der CDU-Bundestagsabgeordnete Wilfried Böhm (Melsungen) der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Straßburg vorgelegt hat. Daraus folgert der Abgeordnete: „Europa braucht eine koordinierte Politik zur Reinhaltung der Luft, in die auch die osteuropäischen Staaten einbezogen werden müssen.“

Da die DDR über keine nennenswerten Vorräte an Steinkohle, Erdöl und Erdgas verfügt greift sie bei der Energiegewinnung auf immer größere Mengen ihrer Braunkohlevorräte zurück. Mehr als 80 Prozent der in der DDR benötigten Energiemenge werden aus Braunkohle gewonnen. Dies führt zu einer starken Luftverunreinigung durch Schwefeldioxid, Staub und Flugasche. In dem Bericht heißt es: „Die DDR ist nicht nur Weltmeister in der Braunkohleförderung; sie liegt damit auch in der Emissionsdichte in Europa einsam an der Spitze.“

## INFORMATION

# Politbarometer: Große Mehrheit gegen 35-Stunden-Woche Sogar 57 Prozent im SPD-Lager dagegen

Meinungsumfrage der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, von Mitte Januar

Weniger Arbeit für gleichen Lohn?

34% der Befragten sind für die 35-Stunden-Woche  
66% dagegen

Aufgeschlüsselt nach Parteien

	CDU/CSU	FDP	SPD	GRÜNE
für:	16%	26%	43%	81%
gegen:	84%	74%	57%	19%

Wie sieht die wirtschaftliche Entwicklung in einem Jahr aus?

Eine bessere Zukunft wurde erwartet von	35%	22%	29%
im April 1983		im September 1983	im Januar 1984

Ist die Wende womöglich schon eingetreten?

4%	55%	41%
vollständig	teilweise	gar nicht

Wie zufrieden sind Sie mit der Leistung der Regierung?

(Auf einer Wertskala zwischen den Werten +5 und -5)

+0,4	+0,6
Oktober 1983	Januar 1984

Dies ist kein hoher Wert, aber er zeigt, daß die hitzige innenpolitische Diskussion über die Affäre Kießling etwa oder auch den Fall Lambsdorff sich zumindest nicht abträglich auf die Regierung ausgewirkt hat.

Welche Partei wird zur Zeit bevorzugt?

	47%	39%	4%	6%	4%
Veränderung gegenüber Nov. 1983:	+3	-3	-	-	-
	CDU/CSU	SPD	FDP	GRÜNE	keine

## ■ CDU BADEN-WÜRTTEMBERG

# „Unser Ziel ist die Erringung der absoluten Mehrheit“

**In der Karlsruher Schwarzwaldhalle eröffnete die baden-württembergische CDU am vergangenen Samstag ihren Wahlkampf zur Landtagswahl, die am 25. März stattfindet. Knapp 400 Delegierte waren es, die zwischen den Reden des Ministerpräsidenten Lothar Späth und des Fraktionsvorsitzenden Erwin Teufel die Wahlplattform verabschiedeten. Beont herzlich begrüßt wurde auch Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner.**

**D**ie Rede des CDU-Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten Lothar Späth beinhaltete die Erfolgsbilanz der nun zu Ende gehenden Legislaturperiode. Die positive wirtschaftliche Situation bestehe nur, weil eine konsequente Politik für wirtschaftliches Wachstum sorgen konnte und das Land eine solide Finanzpolitik betreibe.

Dies wolle man, so Ministerpräsident Lothar Späth, konsequent fortsetzen, deshalb das glasklare Ziel, auch nach dem Wahltag alleine in Baden-Württemberg zu regieren. Damit erteilte der Landesvorsitzende erneut eine klare Absage an die Koalitionsangebote der Landes-FDP, die er zurückwies und die er als „Doppelstrategie von Liebeswerben und Schienbeintreten“ bezeichnete. Die FDP habe es ebensowenig wie die SPD verstanden, in den letzten vier Jahren Alternativen zur Regierungspolitik aufzuzeigen. Programmatisch sei die SPD ratlos wie eh und je, sie bekenne sich jetzt verbal zum technischen Fortschritt, den sie unter der geistigen

Führerschaft ihres früheren Landesvorsitzenden Eppler bekämpft habe.

„Kraftvoll in die Zukunft“ war das Motto des 19. Landesparteitages, das auch Thema des Fraktionsvorsitzenden Erwin Teufel in seiner Rede war. Erwin Teufel ging auch auf die Verbesserungen ein, die von seiten Bonns seit der Kanzlerschaft Helmut Kohls zu verspüren seien; Kohl habe die deutsche Politik wieder berechenbar gemacht. Die CDU im Südwesten werde nach Teufels Worten alles tun, um die wirtschaftliche Spitzenstellung Baden-Württembergs zu halten und auszubauen.

Die Tatsache, daß eine Woche zuvor an derselben Stelle die SPD bei ihrer Afa-Konferenz die „Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie“ und die „Überführung der Stahlindustrie in Gemeineigentum“ gefordert habe, sei nach Teufels Worten ein Rückfall in die Zeit vor Godesberg. Des weiteren betonte Teufel das Einsetzen der CDU für ein gutes Zusammenleben aller Bürger, für eine menschliche Gemeinschaft werde man alles politisch Mögliche tun.

Einig waren sich die Delegierten über die Wahlplattform, die auf knapp 60 Seiten die politischen Ziele der CDU in Baden-Württemberg aufzeigt. Im Grunde genommen handelt es sich dabei um eine Fortschreibung der bisherigen erfolgreichen Politik der seit zwölf Jahren alleinregierenden CDU.

Fragen der Zukunftssicherung und der Chancen der Jugend stehen dabei im Mittelpunkt.

Die Probleme der kommenden Jahre, wie etwa die Bereiche Wirtschaft, Arbeits-

## ■ CDU SAAR

### Sorge um die Arbeitslosen stand im Mittelpunkt der Diskussionen

„Es ist unbestritten, daß Wirtschaftswachstum den Abbau der Arbeitslosigkeit erleichtert. Daher haben aktive Wachstumspolitik und die Förderung arbeitsplatzschaffender Investitionen erste Priorität. Allerdings wird das voraussichtlich realisierbare Wirtschaftswachstum zum Abbau der Arbeitslosigkeit allein nicht ausreichen. Angesichts der mittelfristigen Arbeitsmarktperspektiven müssen daher Arbeitszeitverkürzung und eine flexible Gestaltung der Arbeitszeit flankierend hinzukommen.“ Dies erklärte der Landesvorsitzende der CDU Saar, Ministerpräsident Werner Zeyer, auf dem 33. Landesparteitag am Wochenende in Saarbrücken.

Dem Landesparteitag lagen Leitansätze des Landesvorstandes zu den Themen „Arbeitszeitverkürzung“ und „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand durch Mitarbeiterbeteiligung“ vor.

(Fortsetzung von Seite 12)

Markt und Umweltschutz, werden in der CDU-Wahlplattform als lösbar bezeichnet, wenn sie als Herausforderung an die gesellschaftliche Kraft zur Solidarität und an die politische Kraft zur Führung durch klaren Kurs verstanden werden.

In zehn Kapiteln wird zu den wichtigsten bundes- und landespolitischen Themen Stellung genommen und die weitere politische Richtung aufgezeigt. Breiten Raum nimmt dabei die Förderung von Forschung und Technologietransfer, wobei

Zeyer forderte erneut die Arbeitgeber und Gewerkschaften auf, „Tabuhaltungen in Arbeitszeitfragen aufzugeben“: „denn durch Beharren auf Tabus kann man die Probleme nicht lösen.“ Zeyer weiter: „Arbeitszeitverkürzung und Flexibilisierung der Arbeitszeit sind keine Patentrezepte zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit, sie können jedoch durchaus spürbare Beiträge zur Lösung unserer Arbeitsmarktprobleme leisten, sie entsprechen zudem auch den Wünschen vieler Menschen und tragen zur Humanisierung der Arbeitswelt bei.“

Zeyer warnt vor Arbeitskämpfen: „Das Erfolgsrezept der Nachkriegszeit war die Bereitschaft zur Zusammenarbeit, zum Kompromiß, war soziale Partnerschaft. Ich glaube, daß wir diese Tugenden, aufeinander zuzugehen, wieder neu beleben müssen.“

Bei der Diskussion um die Arbeitszeitverkürzung stand die Sorge um die Arbeitslosen im Vordergrund. Grundsätzlich befürwortet die CDU Saar sowohl aus arbeitsmarktpolitischen Gründen als auch aus wirtschaftspolitischen Erwägungen heraus, Maßnahmen, die eine Verkürzung bzw. eine Flexibilisierung der Arbeitszeit zum Inhalt haben.

Im einzelnen befürwortet die CDU Saar die geplante Vorruhestandsregelung der Bundesregierung. Sie begrüßt es, daß derjenige, der früher aus dem Erwerbsleben aus-

Forschungspolitik und Technologietransfer als eine Einheit begriffen werden. Die CDU will mit Nachdruck die erfolgreiche Politik einer konzentrierten Forschungsförderung fortsetzen. Weitere Themenschwerpunkte sind u. a. Fragen des wirkungsvollen Umweltschutzes und der Haushaltskonsolidierung.

Mit einem Bündel von politischen Vorhaben will man den Weg von der „destruktiven Konfliktgesellschaft von vorgestern zu der konstruktiven Versöhnungsgesellschaft von morgen“ weiterbeschreiten.

scheiden will, dazu die Möglichkeit erhält, wenn er bereit ist, bei der Altersversorgung versicherungsmathematische Einbußen hinzunehmen. Die CDU Saar sprach sich aber gegen die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich aus. Sie hält in- dessen eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit — bei gleichem Lohn — wie in der Vergangenheit durchaus für möglich, wenn

- dies der jährliche Produktivitätszuwachs erlaubt,
- statt Lohnerhöhungen eine Arbeitszeitverkürzung erfolgt oder
- eine Kombination von beiden vorgenommen wird.

Die CDU Saar sprach sich vor allem für die vielfältigen Formen der Teilzeitarbeit bzw. der Arbeitszeitflexibilität aus. Solche Maßnahmen kommen den Wünschen vieler Arbeitnehmer entgegen.

Bei der Diskussion um die „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand durch Mitarbeiterbeteiligung“ gab es in der Diskussion keine grundsätzlich widersprechenden Positionen. Die CDU Saar hält neue Impulse für eine verstärkte Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand durch Mitarbeiterbeteiligung für dringend geboten.

Sie hält den betriebsbezogenen Weg für den besten, um eine breite Streuung des Produktivvermögens zu erreichen. Neben den großen Publikumsgesellschaften sollen auch die mittelständischen Unternehmen ermutigt werden, ihre Arbeitnehmer in eigenen Betrieb zu beteiligen.

Die CDU Saar begrüßt die vermögenspolitischen Initiativen der Bundesregierung, im Rahmen des Vierten Vermögensbildungsgesetzes die betriebliche Vermögensbildung zu stärken. Gleichzeitig fordert sie die Bundesregierung auf, durch eine Ausweitung der Anlagemöglichkeiten, von der Beteiligung im eigenen Unternehmen bis hin zu außerbetrieblichen Beteiligungsformen, die Vermögensbildung noch stärker auf das Produktivvermögen auszurichten.

## ■ FALL KIESSLING

### Die Entscheidung des Kanzlers gebilligt

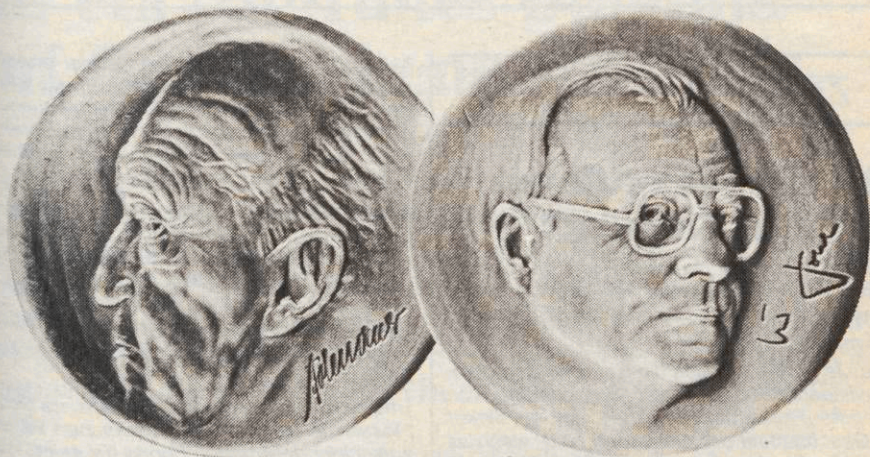
**Die Christlich Demokratische Union Deutschlands begrüßt die Entscheidung des Bundeskanzlers, den General Kießling zu rehabilitieren und das Rücktrittsangebot von Manfred Wörner nicht anzunehmen.**

Der Bundeskanzler ist mit dieser Entscheidung nicht den bequemsten Weg des geringsten Widerstandes gegangen, er hat auch nicht dem Druck eines Teils der veröffentlichten Meinung und der Opposition nachgegeben, sondern innerhalb kurzer Zeit nach seiner Rückkehr aus Israel erreicht, daß die verletzte Ehre des Generals Kießling wiederhergestellt wurde und gleichzeitig ein qualifizierter und fachlich kompetenter Minister seine Arbeit weiterführen kann, stellte Generalsekretär Heiner Geißler fest.

Auch die CDU/CSU-Fraktion hat am Dienstag die Entscheidung gebilligt. Der Bundeskanzler hat allen denjenigen eine Absage erteilt, die den Versuch unternommen haben, von außen entscheiden zu wollen, wie sich die Bundesregierung zusammensetzt. Dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Vogel geht es nur vordergründig um die verletzte Ehre des General Kießling. In Wirklichkeit geht es ihm darum, in der Person von Manfred Wörner die von der SPD heftig bekämpfte Verteidigungspolitik der Westlichen Allianz zu treffen. Ein Mann wie Vogel, der es zugelassen hat, daß führende Mitglieder der SPD den Austritt aus der NATO gefordert, Bundeswehrkasernen blockiert und zu strafbaren Handlungen aufgerufen haben, hat jede Glaubwürdigkeit gegenüber der Bundeswehr verloren.

## ■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

# Die Kanzlermedaille



Zur Ehrung von Jubilaren, als Dank an verdiente Mitglieder und als repräsentatives Geschenk der CDU-Verbände für viele denkbare Anlässe gibt es nun eine Bronzemedaille mit den Portraits der Bundeskanzler Konrad Adenauer und Helmut Kohl.

Mit dieser Bronzeausführung der auch in Feinsilber aufgelegten Medaille wird einem oft geäußerten Wunsch der Parteigliederungen nach einer preiswerten Geschenk- und Auszeichnungsmünze entsprochen.

Die Kanzlermedaille in Bronze ist geprägt aus 3 mm starkem Messingrohling, handpatiniert und anlaufgeschützt. Ihr Durchmesser beträgt 50 mm, das Gewicht ca. 43 Gramm.

In dem repräsentativen blauen Etui mit

paßgenauer Einlage für die Medaille ist im Deckelkissen der Text „Als Dank und Anerkennung Ihre CDU“ eingedruckt. Dieser Satz läßt somit eine Vielzahl von Verwendungsmöglichkeiten zu.

Der Einzelpreis beträgt 19,80 DM (einschließlich Etui und 14 Prozent Mehrwertsteuer) zuzüglich Versandkosten (bei Einzelversand 3,50 DM). Rabatte für größere Stückzahlen können bei der nachstehenden Bestelladresse angefragt werden.

Die Bestellungen können direkt aufgegeben werden bei

**Bonner Werbe-GmbH**  
**Abteilung Vertrieb**  
**Konrad-Adenauer-Haus**  
**5300 Bonn 1**  
**Telefon (0228) 544-229**

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 24 49  
5300 BONN 1  
POSTVERTRIEBSSTÜCK  
Z 8398 C  
GEBÜHR BEZAHLT

## ZITAT

### Wird die Flick-Affäre zum SPD-Skandal?

*Weiß von Brauchitsch zuviel? Pakt der frühere Flick-Manager als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuß mehr aus, als der SPD gefällt? Dies muß wohl so sein!*

*Denn: Je größer kürzlich die Rat- und Sprachlosigkeit der SPD nach der Vernehmung von Schmidts Finanzminister Apel, um so flinker das Geschreibsel der Genossen jetzt, wenn es der SPD gilt, den Zeugen von Brauchitsch zu attackieren.*

*Beides verständlich:*

*— Ex-Finanzminister Apel, SPD, mußte einräumen, wenige Wochen vor seiner Zustimmung zu Flick-Anträgen nicht nur ein „Versöhnungsgespräch“ mit Dr. Flick in dessen Jagdhütte geführt zu haben, sondern auch, daß dieses arrangiert worden war vom ehemaligen SPD-Schatzmeister Nau, der daran teilnahm, zusammen mit Grunwald von der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung. Diese soll mindestens 2,7 Mio. DM von Flick erhalten haben.*

*— Von Brauchitsch berichtet von Barspenden an SPD-Schatzmeister Nau, den es geglitten*

*habe, „heiter zu stimmen“, zumal angesichts seines Angebots, Widerstände in der SPD gegen Flick begünstigende Entscheidungen zu dämpfen, so daß die zuständigen Minister allein nach Gesetz und Recht hätten entscheiden können.*

*Es war die Rede von einer Kampagne, die SPD-Spöri gegen positive Entscheidungen entfesselt habe. Zwar hatte die Bundesregierung wegen des Steuergeheimnisses Spöri die Auskunft über die Flick-Anträge verweigert; gleichwohl schien Spöri — ungetrübt von Kenntnis der Antragsunterlagen — alles besser zu wissen.*

*Und es fiel der Name des Ex-Kanzlers Schmidt-Flossen in einen bei der deutschen Wirtschaft zusammengebettelten Fonds für seine Wiederwahl 1980 auch Flick-Gelder? Es scheint so. Nau machte es möglich.*

*Gewiß, Friderichs, Graf Lambsdorff und von Brauchitsch sind angeklagt; ihre Sache ist bei Gericht und wir haben dessen Entscheidung abzuwarten. Doch diese Anklage engt den Gegenstand nicht ein, den der Untersuchungsausschuß, ein politisches Gremium, aufzuklären hat — mag es für die SPD von Mal zu Mal auch unangenehmer werden.*

*Merke: Je stärker das Licht in dieser Angelegenheit, desto dunkler der Schatten, der auf die seinerzeitige Regierungspartei, die SPD, fällt.*

**Deutschland-Union-Dienst, 6. Februar 1984**

**Union in Deutschland** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Peter Mullenbach, Dr. Uwe Lühje, Eberhard Luetjohann. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

# UiD